



JUNGE UNION
NORDRHEIN-WESTFALEN

Europa – unsere Zukunft, unsere Aufgabe!

26 Forderungen für die Zukunft Europas

**Beschluss des Leitantrages des 42. NRW-Tages
am 25. April 2009 in Ratingen**



Inhaltsverzeichnis

Europa ist unsere Zukunft und unsere Aufgabe!	3
A. Unser Fundament für Europa.....	3
B. Unsere Erwartungen an Europas Rolle in der Welt	6
C. Unsere Ideen für Europas starke Wirtschaft	9
D. Die Kraft der europäischen Idee erhalten!	12

Autoren:

Elisabeth Gawrych, Ulrich Beul, Christophe Darley, Heiko Piesbergen, Hendrik Schmitz
und Alexander Scheufens

1 **Europa ist unsere Zukunft und unsere Aufgabe!**

2 Die letzten Jahrzehnte waren europäische Jahrzehnte. Der europäische Eignungsprozess
3 ist weltweit ohne Vergleich! Die Geschichte der EU hat gezeigt, dass Europa jede Krise
4 gemeistert hat und gestärkt aus jeder von ihnen hervorgegangen ist. Deswegen haben wir,
5 die junge Generation allen Grund optimistisch zu sein – auch in Zeiten der aktuellen
6 Wirtschafts- und Finanzkrise. Nun lautet für uns als Junge Union in Nordrhein-Westfalen,
7 die wir in der Tradition der großen Europäer Konrad Adenauer und Helmut Kohl stehen,
8 die Frage: Wie genau soll die gemeinsame europäische Zukunft aussehen? Wie wollen wir
9 als politisches Sprachrohr junger Menschen diese Zukunft aktiv mitgestalten?

10 **A. Unser Fundament für Europa**

11 ***1. Europa muss gestärkt werden: Wir fordern Vertiefung und Konsolidierung vor*** 12 ***Erweiterung!***

13 Wir sind davon überzeugt, dass zuerst die europäische Integration vertieft und gestärkt
14 werden muss, bevor weitere Mitgliedsstaaten beitreten können. Jeder Erweiterung muss
15 eine Phase der Konsolidierung vorangehen.

16 ***2. Der Vertrag von Lissabon ist der richtige Schritt: Wir fordern eine zügige Ratifizierung!***

17 Der Vertrag von Lissabon vereint die Errungenschaften des Verfassungsentwurfs mit den
18 etablierten Strukturen der Europäischen Union. Durch eine verstärkte gemeinsame Außen-
19 und Verteidigungspolitik, transparente und effizientere Entscheidungsstrukturen und eine
20 Stärkung sowohl der mitgliedstaatlichen Parlamente als auch des Europäischen
21 Parlamentes setzt er die richtigen Schwerpunkte.

22 ***3. Unser Ziel auf lange Sicht: Wir fordern eine europäische Verfassung!***

23 Die Junge Union steht nach wie vor zu der Idee eines europäischen Verfassungsvertrages.
24 Denn eine Verfassung ist der symbolische Ausdruck und das rechtliche Fundament einer
25 dauerhaften Wertegemeinschaft.

26 **4. Das kulturelle Erbe Europas betonen: Wir fordern den Gottesbezug in eine künftige**
27 **europäische Verfassung aufzunehmen!**

28 Die Staaten und Völker der EU schöpfen aus dem gleichen geschichtlichen und kulturellen
29 Erbe, dem christlich-jüdischen Erbe, geprägt durch griechische und römische Philosophie
30 und die Aufklärung. Die Werte und Normen, die Europa einen, sind keine Ergebnisse von
31 Mehrheitsentscheidungen, sondern zeitlose und unveräußerliche Wahrheiten: Der
32 Gottesbezug und der Verweis auf das christlich-jüdische Wertefundament in einer
33 Verfassung sind Garanten dafür.

34 **5. Politische Öffentlichkeit braucht eine gemeinsame politische Identität: Wir fordern die**
35 **Stärkung europäischer Parteien und die Einführung von Direktwahlkreisen!**

36 Aus den europäischen Parteiverbänden sollen selbstbewusste Parteienfamilien werden mit
37 dem Charakter eigenständiger Volksparteien. Starke europäische Parteien, wie die
38 Europäische Volkspartei (EVP), verhindern, dass europäische Themen als Spielball
39 nationaler Wahlkampfinteressen missbraucht werden. Wir plädieren dafür, dass nationale
40 Direktwahlbezirke gebildet werden und dass aus den europäischen Parteiverbänden in der
41 öffentlichen Wahrnehmung selbstbewusste Parteienfamilien mit dem Charakter
42 eigenständiger Volksparteien werden. Durch Einführung dieser Direktwahlkreise könnte
43 europäische Politik stärker personalisiert werden. Auf lange Sicht sollen hier bei der Wahl
44 zum Europaparlament die regionalen europäischen Parteienfamilien eigene
45 Wahlvorschläge auf gemeinsamen Listen unterbreiten dürfen. Durch die Einführung von
46 Direktwahlkreisen soll die Europawahl stärker personalisiert werden. So könnte
47 europäischer Politik im Wahlkreis ein Gesicht gegeben werden und durch die Zuspitzung
48 auf die Auseinandersetzung zwischen den Wahlkreiskandidaten mehr Interesse und
49 dadurch größere Beteiligung an der Europawahl sowohl bei Wählern als auch bei den
50 Parteien erreicht werden. Daher ist es nur konsequent, dass in NRW ab 2014 die Europa-
51 zusammen mit der Kommunalwahl an einem Tag stattfindet. Des Weiteren ist die Anzahl
52 der aus einem Land entsandten Abgeordneten in das Europäische Parlament der
53 jeweiligen Bevölkerungszahl anzupassen. Das Europäische Parlament repräsentiert gerade
54 nicht Staaten, sondern Bürger. In einer demokratischen Grundordnung muss die Stimme
55 jedes einzelnen Bürgers mit dem gleichen Stimmgewicht in der gewählten Volksvertretung
56 vertreten sein. Für kleinere Länder ist eine ausreichende Anzahl an Grundmandaten
57 vorzusehen, um allen Staaten eine angemessene Repräsentation zu ermöglichen.

58 **6. Verständigung erleichtern: Wir fordern die Sprachkompetenzen in den Grenzregionen**
59 **der EU-Mitgliedsländer zu fördern!**

60 Wir wollen, dass in den Grenzregionen der EU-Mitgliedstaaten das Erlernen der Sprache
61 des jeweiligen Nachbarn gefördert wird. Dies soll sowohl in der Erwachsenenbildung als
62 auch in der schulischen Ausbildung (in NRW durch verstärkten Niederländisch- und
63 Französischunterricht) geschehen.

64 **7. Die Jugend ist die Zukunft Europas: Wir fordern, dass der europäische Jugendaustausch**
65 **stärker gefördert und besser bekannt gemacht wird!**

66 Die sehr guten europäischen Austauschprogramme für Schüler und Studenten (wie
67 ERASMUS) müssen ausgebaut und bekannter gemacht werden. Ein Internetportal für alle
68 Austauschprogramme soll ins Leben gerufen werden. Die Fahrten von Vereinen und
69 politischen Jugendorganisationen zu ihren Partnern in anderen europäischen Staaten
70 sollen stärker gefördert werden. Auch die Städtepartnerschaften leisten einen wichtigen
71 Beitrag zum Aufbau einer europäischen Identität. Förderprogramme sind auf ihre
72 Sinnhaftigkeit zu prüfen und ggf. zu straffen. Die dadurch frei werdenden Mittel können
73 dazu genutzt werden, weiter bestehende Programme auszubauen.

74 **8. Europa darf nicht als Plattform von Radikalen missbraucht werden: Wir fordern ein**
75 **entschiedenes Eintreten gegen jede Art von politischem oder religiösem Extremismus!**

76 Europäische Verbände nationaler Radikaler und Extremisten dürfen nicht aus dem Visier
77 nationaler Verfassungsschützer geraten, selbst wenn einige ihrer Mitglieder an
78 Regierungen in Europa beteiligt sind. Extremistischen Parteien und ihren Organisationen
79 sowie Medien, die als Plattform ihrer Ideen dienen, müssen öffentliche Gelder entzogen
80 werden, unter Ausschöpfung aller rechtlichen Möglichkeiten. Diese Gelder sollten besser
81 in eine stärkere Aufklärung der Bevölkerung über Extremisten investiert werden, ganz
82 besonders in Schulen.

83 **9. Kein Verbot für Überraschungseier: Wir fordern eine schlanke und effiziente EU!**

84 Die Europäische Union muss sich auf ihre Kernkompetenzen beschränken. Der Schaffung
85 neuer sinnvoller Regeln durch die EU muss eine kontinuierliche Überprüfung und
86 Abschaffung bestehender Regeln gegenüberstehen. Das Image der EU nimmt großen

87 Schaden dadurch, dass sie als bürokratisches Monster erscheint, in dem verwirrte
88 Sozialdemokraten ein Verbot von Überraschungseiern lang und breit diskutieren. Dagegen
89 fordern wir, dass bestehende Regeln unter Beachtung des Subsidiaritätsprinzips, im Lichte
90 des stetig wachsenden Einflusses des europäischen auf das nationale Recht, immer wieder
91 auf ihre Notwendigkeit überprüft werden. Wir stehen für eine EU, die dem Bürokratismus
92 keine Chance lässt!

93 ***10. Deutsch ist die mit Abstand meist gesprochene Muttersprache in der EU: Wir fordern***
94 ***ihre völlige Gleichberechtigung als Arbeitssprache!***

95 Die Deutsche Sprache muss als Arbeitssprache der Europäischen Union dem Englischen
96 oder Französischen vollkommen gleichgestellt werden: Alle Verhandlungen,
97 Besprechungen und Veröffentlichungen der Europäischen Organe müssen in diesen drei
98 Sprachen geführt bzw. bekannt gegeben werden. Als positiven Anfang, Deutsch mehr
99 Gewicht einzuräumen, fordern wir die schnelle Umsetzung der EntschlieÙung des
100 Europäischen Parlamentes vom 20. November 2008. Es ist richtig, dass bei
101 Internetauftritten der EU in möglichst vielen Sprachen künftig zumindest die
102 Amtssprachen mit den meisten Sprechern "in einer Prioritätenfolge" berücksichtigt
103 werden sollen.

104 ***11. Bürgernähe und Öffentlichkeitsarbeit***

105 Die Idee von einem vereinigten Europa ist in jeder Hinsicht sicherheitsbildend und
106 friedensstiftend. Allerdings ist seitens der aktiven Gestalter Europas sicherzustellen, dass
107 diese Idee bis in den letzten Winkel der Europäischen Union bei jedem Bürger ankommt
108 und verstanden wird. Insbesondere die allgemeinen und speziellen Vorteile müssen jedem
109 EU-Bürger ersichtlich und klar sein.

110 **B. Unsere Erwartungen an Europas Rolle in der Welt**

111 ***12. Gleiche Europakarten in allen europäischen Amtsstuben: Wir fordern eine***
112 ***Selbstverpflichtung aller EU-Staaten bei künftigen diplomatischen Anerkennungen!***

113 Auf Grund von Vorkommnissen in der jüngsten europäischen Geschichte fordern wir, dass
114 die EU-Mitgliedsstaaten die Selbstverpflichtung eingehen, künftig diplomatische
115 Anerkennung neuer Staaten nur gemeinsam und gleichzeitig vorzunehmen. Die

116 Zuständigkeit für diese Souveränitätsrechte muss deshalb von den nationalen
117 Verfassungen auf die EU-Ebene übertragen werden.

118 **13. Den sicherheitspolitischen Herausforderungen gemeinsam begegnen: Wir fordern eine**
119 **zielgerichtete strategische Ausrichtung der EU!**

120 Um Frieden und Freiheit für Europa angesichts der Risiken des 21. Jahrhunderts zu
121 gewährleisten, hat sich die EU im Rahmen der Entwicklung der Europäischen Sicherheits-
122 und Verteidigungspolitik (ESVP) umfangreiche Planziele zum Ausbau ihrer zivilen und
123 militärischen Fähigkeiten gesetzt. Zahlreichen Operationen wie die jüngste maritime
124 Mission zur Pirateriebekämpfung am Horn von Afrika (ATALANTA) bestätigen, dass diese
125 Entwicklungen auf einem guten Weg sind. Zur Wahrung ihres internationalen Gewichtes
126 und von Mitsprachrechten muss die EU ihre Rolle weiter ausgestalten und ihren Platz in
127 der globalen Sicherheitsarchitektur fest verankern. Hierzu bedarf es einer klaren
128 Formulierung der Aufgabenstellungen und einer Reform der einschlägigen Bestimmungen
129 im EU-Vertrag. Wir fordern darüber hinaus eine bessere Koordinierung im militärischen
130 Bereich. Mit der Gründung der Europäischen Rüstungsagentur ist dafür die Voraussetzung
131 geschaffen worden, die es nun durch eine verstärkte Kooperationsbereitschaft der
132 Mitgliedsstaaten zu nutzen gilt.

133 **14. Privilegierte Partnerschaft für die Türkei statt EU-Vollmitgliedschaft: Wir fordern das**
134 **sofortige Ende der Beitrittsverhandlungen!**

135 Wir lehnen einen Beitritt der Türkei zur EU ab. Die Türkei ist weder geographisch noch
136 kulturell ein Teil Europas. Der türkische Ministerpräsident Erdogan wurde wegen seiner
137 antiisraelischen Ausfälle auf dem Weltwirtschaftsgipfel in Davos von der türkischen
138 Öffentlichkeit gefeiert. Die türkische Regierung unterstützt islamistische Aktivitäten in
139 Deutschland, indem sie über den islamischen Verein DITIB e.V. mit der vom
140 Verfassungsschutz als extremistisch eingestuften Organisation „Milli Görüs“ kooperiert.
141 Ferner ist die Lage der Christen, vor allem der syrisch-orthodoxen Christen in der Türkei
142 desolat und strikt zu verurteilen. Der aktuell laufende Prozess gegen das christliche Kloster
143 Mor Gabriel ist die Probe aufs Exempel, wie der türkische Staat die kulturelle und religiöse
144 Vielfalt in seinem Land unterdrückt und offenbart die Haltung zu Europa, zu Toleranz und
145 zu Menschenrechtsfragen. Es wird deutlich, dass die politische Kultur der Türkei sich
146 fundamental von den europäischen Werten unterscheidet. Stattdessen fordern wir eine

147 Kooperation im Rahmen der privilegierten Partnerschaft, wobei die Menschenrechte nicht
148 außer Acht gelassen werden dürfen.

149 **15. Nachbarn sind Partner Europas: Wir fordern eine Strategie Privilegierter Europäischer**
150 **Partnerschaften (PEP) für die gemeinsame Nachbarschaftspolitik!**

151 Bereits 2004 und 2007 hat die Junge Union NRW eine Strategie Privilegierter Europäischer
152 Partnerschaften (PEP) in die Diskussion eingebracht. Wir halten dies weiterhin für das
153 beste Konzept, um die EU-Nachbarschaftspolitik sowohl für die osteuropäische
154 Nachbarregion als auch für den Mittelmeerraum auszubauen und Schritt für Schritt zu
155 institutionalisieren. Wir sehen wesentliche Teile davon im Programm der Europäischen
156 Nachbarschaftspolitik (ENP) verwirklicht. Die vom französischen Präsidenten Sarkozy
157 2008 initiierte Mittelmeerunion begrüßen wir als Vertiefung einer solchen Strategie, deren
158 langfristige Zielrichtung ein einheitliches Konzept für PEP-Länder sein soll. Sowohl am Ziel
159 der Vollmitgliedschaft Kroatiens, als auch an der Beitrittsperspektive für weitere Staaten
160 des westlichen Balkans zur EU halten wir weiterhin fest.

161 **16. Schutz nach innen und nach außen: Wir fordern eine bessere Polizei-Kooperation in der**
162 **EU!**

163 Europa wächst zusammen, daher muss auch die polizeiliche Zusammenarbeit weiter
164 gestärkt werden. Der Vertrag von Lissabon eröffnet hier neue Möglichkeiten, da auch der
165 Justiz- und Innenbereich stärker integriert werden. Nach dem richtigen Schritt der
166 Erweiterung des Schengen-Raumes muss die Kontrolle der neuen Außengrenzen weiter
167 und die Bekämpfung der Organisierten Kriminalität verstärkt werden. Unerlässliches
168 Mittel der modernen Verbrechensbekämpfung ist dabei der möglichst effiziente
169 Informationsaustausch zwischen den Mitgliedsstaaten sowie die Koordinierung und
170 Bündelung auf europäischer Ebene unter Einbeziehung von Europol.

171 **17. Versorgungssicherheit muss oberste Priorität in der europäischen Energiepolitik**
172 **haben: Wir fordern eine gemeinsame Strategie im Umgang mit Lieferantenstaaten!**

173 Nur durch ein verbessertes Krisenmanagement innerhalb der EU, eine hohe gegenseitige
174 Unterstützung und ein starkes gemeinsames Auftreten gegenüber Lieferanten- und
175 Transitstaaten kann gewährleistet werden, dass es möglichst nicht wieder zu politisch
176 bedingten Versorgungsengpässen in Europa kommt. Bei aller Aufmerksamkeit für die

177 Auswirkungen des Verbrennens von Kohle, Gas und Öl auf unser Klima, muss - solange
178 dies noch notwendig ist - die Versorgungssicherheit daher höchste Priorität der
179 Energiepolitik im importabhängigen Europa sein! Wir fordern daher eine weitere
180 verantwortungsbewusste Nutzung und intensive Erforschung der Kernenergie.

181 ***18. Ein gemeinsamer Wirtschaftsraum braucht eine gemeinsame Energiepolitik: Wir***
182 ***fordern dafür verbindliche und messbare Ziele, die einen funktionierenden Energiemarkt***
183 ***garantieren!***

184 Obwohl die EU aus der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl hervorging, soll die
185 gemeinsame europäische Energiepolitik erst im Vertrag von Lissabon eine eigene
186 Rechtsgrundlage bekommen. Als ihre Ziele liegen die Versorgungssicherheit zu
187 akzeptablen Preisen und der Kampf gegen den Klimawandel auf der Hand. Auch die
188 wirkungsvolle Förderung von Forschung, Entwicklung und Ausbildung in der
189 Energietechnik gehört dazu, wenn man im Gegensatz zu linken Ideologen auf staatliches
190 Erzwingen von Verhaltensänderungen verzichten will. Wettbewerbsvorteile durch eine
191 bessere Energieausnutzung kommen am Besten auf einem funktionierenden europäischen
192 Energiemarkt zum Tragen. Eine Europäische Energiepolitik ist in der Pflicht, diesen Markt
193 endlich durchzusetzen und zu garantieren.

194 **C. Unsere Ideen für Europas starke Wirtschaft**

195 ***19. Mit einer stabilen Währung halten wir Kurs, erst recht in Krisen: Wir können stolz sein***
196 ***auf zehn Jahre Euro!***

197 In diesem Jahr jährt sich die Einführung des Euro zum zehnten Mal und dokumentiert
198 damit eine europäische Erfolgsgeschichte. Dem Euro verdanken wir Verbraucher
199 Preisniveaustabilität auch in schwierigem wirtschaftlichem Umfeld. Die globale
200 Finanzmarktkrise hat die stabilisierende Wirkung der Europäischen Wirtschafts- und
201 Währungsunion (EWWU) gezeigt. Das Eurosystem dient als Puffer gegen die globalen
202 Finanzmarktschocks. Ein gestärkter innereuropäischer Handel und zusammenwachsende
203 Finanzmärkte werden Europa helfen, schneller aus der Rezession zu kommen.

204 **20. Für eine starke Europäische Zentralbank: Wir fordern eine unabhängige EZB – keine**
205 **Wirtschaftsregierung!**

206 Erklärtes Ziel der europäischen Geldpolitik ist ein stabiles Preisniveau für Wirtschaft und
207 Verbraucher. Dieses ist der beste Beitrag, den die EZB für nachhaltiges
208 Wirtschaftswachstum leisten kann. Forderungen nach einer zusätzlichen Berücksichtigung
209 der Arbeitslosen- und Wachstumsraten in der europäischen Geldpolitik sind falsch. Die
210 Konsequenzen einer auf Wachstumsziel orientierten Zinspolitik kann man in den USA
211 beobachten. Die EZB hat sich politisch unabhängig und einheitlich für alle auf die Stabilität
212 unserer Währung als Voraussetzung einer nachhaltigen Wirtschaftsentwicklung zu
213 konzentrieren.

214 **21. Für strikte Haushaltsregeln: Wir fordern einen glaubwürdigen Stabilitäts- und**
215 **Wachstumspakt.**

216 Nachhaltiges Wirtschaftswachstum und handlungsfähige Wirtschaftspolitik brauchen
217 tragfähige, solide Staatsfinanzen. Deswegen wurden strikte Haushaltsregeln für die
218 EWWU in Form des Europäischen Stabilitäts- und Wachstumspaktes festgelegt. Allerdings
219 hat die rot-grüne Bundesregierung im Jahre 2005 dafür gesorgt, dass die Anwendung der
220 Regeln gelockert und flexibilisiert wurde. So verlor der Stabilitätspakt an Eindeutigkeit und
221 Biss. Seitdem legen die Euro-Staaten die Defizitregel großzügig aus. Dieses hatte vor allem
222 in den letzten Jahren des Konjunkturaufschwungs zur Folge, dass zu wenig konsolidiert
223 wurde. Sie vergreifen sich damit an nachfolgenden Generationen. Gerade in der jetzigen
224 Phase darf das Vertrauen in tragfähige öffentliche Finanzen nicht verloren gehen. Daher
225 muss die Glaubwürdigkeit des Stabilitäts- und Wachstumspaktes wieder gestärkt werden.
226 Hierzu sind Sanktionen für Haushaltssünder nötig, die auch tatsächlich greifen. Falsch
227 wäre es in der jetzigen Situation, den Pakt weiter aufzuweichen oder aussetzen zu lassen.
228 Wir fordern daher, dass die Regelsanktionen künftig automatisch greifen und nicht von der
229 Bewertung des ECOFin-Rates abhängen, in dem Sünder über Sünder richten.

230 **22. Konzertiert und schnell handeln: Wir fordern eindeutige Zuständigkeiten zum**
231 **Krisenmanagement.**

232 Finanzmarkt-, Banken- oder auch Energiekrisen zeigen deutlich, dass es in wesentlichen
233 Feldern der Europäischen Union nicht mehr ausreicht, wenn die Mitgliedstaaten alleine

234 handeln. Um negative Effekte auf die Nachbarländer und ineffiziente Lösungen von
235 Alleingängen zu vermeiden, muss ein Krisenmanagement konzertiert geschehen. Bei
236 Krisen in einer internationalen bzw. globalen Größenordnung muss die Europäische Union
237 effizient und schnell handeln können. Aufbauend auf den Vertrag von Lissabon sollte ein
238 europäisches Frühwarnsystem geschaffen werden. Zudem muss die EU sich im Rahmen
239 der WTO zusammen mit anderen Wirtschaftsmächten auf Regeln einigen.

240 **23. Aus der Krise lernen: Wir wollen Europa als Vorreiter für Transparenz der**
241 **Finanzmärkte!**

242 Durch die EWWU sind die Finanzmärkte Europas zusammengewachsen. Angesichts der
243 aktuellen Krise wird deutlich, dass ein neues Maß an Transparenz bei den
244 Finanztransaktionen nötig wird. Die Krise lehrt uns, dass insbesondere Aktiv- und
245 Passivgeschäfte der Banken und Finanzinstitute (MFI) mit ihren Zweckgesellschaften
246 transparenter werden müssen.

247 **24. Risiken vermeiden: Wir fordern ein europäisches Kreditregister!**

248 In der Europäischen Währungsunion nutzen verschiedene Staaten Kreditregister als
249 Instrument der Bankenaufsicht. Es handelt sich dabei um ein System, bei dem die Banken
250 regelmäßig alle Kredite melden, die über einen bestimmten Betrag hinausgehen. Hiermit
251 wird vor allem Transparenz erreicht, um Klumpenrisiken frühzeitig zu erkennen. Für die EU
252 sollte ein europäisches Kreditregister eingerichtet werden, indem bestehende nationale
253 Register harmonisiert werden. Dieses sollte bei der EZB angesiedelt sein.

254 **25. Effizienz schaffen: Wir fordern eine europäische Kooperation der Regulierung und**
255 **Aufsicht!**

256 Die internationale Vernetzung der Finanzmärkte macht deutlich, dass Regulierung und
257 Aufsicht auf europäischer Ebene koordiniert werden sollten. Hieraus folgt die
258 Notwendigkeit, das deutsche System der Bankenaufsicht aus BaFin und Bundesbank zu
259 reformieren.

260 **26. Landwirtschaft stärken bedeutet ländlichen Raum fördern: Wir fordern eine**
261 **verlässliche Strategie für die europäische Agrarpolitik über 2013 hinaus!**

262 Die Europäische Agrarpolitik ist in einer entscheidenden Phase ihrer Reformierung.
263 Deswegen ist eine EU-Agrarpolitik über das Jahr 2013, wenn die Prämienvergabe neu
264 geregelt werden soll, hinaus dringend notwendig, welche maßgeblich zur Stärkung einer
265 wettbewerbsfähigen Land- und Agrarwirtschaft im ländlichen Raum beiträgt.
266 Grundsätzlich fordern wir hierbei, dass keine weiteren Finanzmittel in die so genannte
267 zweite Säule der Europäischen Agrarpolitik fließen, sondern direkt über die erste Säule an
268 die deutschen Landwirte weitergegeben werden. Auch in der derzeitigen Wirtschaftskrise
269 sollen die Verhandlungen zur Liberalisierung des Welthandels im Rahmen der Doha-Runde
270 fortgesetzt werden. Dabei müssen aber die in der EU im Vergleich zum Weltmarkt höheren
271 Standards im Umwelt-, Verbraucher-, Tier- und Naturschutz bei den WTO-Verhandlungen
272 international verankert werden. Wir fordern die Senkung des Steuersatzes für Agrardiesel,
273 damit die Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Landwirtschaft im Vergleich zu den
274 direkten Europäischen Nachbarn hergestellt wird.

275 **D. Die Kraft der europäischen Idee erhalten!**

276 Europa wird – auch in Zukunft – immer wieder neue Herausforderungen an neue
277 Generationen stellen. Alle Generationen der Jungen Union haben hier Wesentliches
278 geleistet. Denn gerade die Junge Union ist die politische Jugendorganisation von
279 Begeisterten und Engagierten für die europäische Idee. Diese europäische Idee, dass auf
280 unserem Kontinent nie wieder ein dunkles Kapitel von Krieg und Unfreiheit herrschen darf,
281 ist bei allen tagespolitischen Schwierigkeiten und parteipolitischem Durcheinander der
282 entscheidende Antrieb, dass wir uns für das geeinte Europa mit ganzer Kraft einsetzen.
283 Denn auch für unsere Generation und die jetzige Junge Union gilt, dass wir unserer
284 Aufgabe gerecht werden und unsere Zukunft aktiv gestalten: Unsere Zukunft ist Europa!

Junge Union Nordrhein-Westfalen
Wasserstr. 5
40213 Düsseldorf



Tel: 0211-13 600 47-50
Fax: 0211-13 600 52
www.ju-nrw.de
info@iu-nrw.de